

Militarisierung der Universitäten „Kommandeurerziehung“ gegen Studenten-Widerstand

Seit der Greifswalder Studenten-Aufstand vor wenigen Wochen schlagartig die Situation an den sowjetzonalen Hochschulen und Universitäten beleuchtete, ist die FDJ bemüht, sich ihre dort verlorenen Positionen mit allen Mitteln zurückzuerobieren. Neue Zwischenfälle in Leipzig und Halle haben bewiesen, daß es dem Regime nicht gelungen ist, den freien Geist junger Menschen von den Hochschulen zu vertreiben. In Zusammenarbeit zwischen Partei, Jugendverband und dem Staatssekretariat für Hochschulwesen sind deshalb Maßnahmen beschlossen worden, mit deren Durchführung bereits in den nächsten Wochen begonnen wird. Es ist, wie die FDJ dazu sagt, die „Einführung der Makarenkoschen Kommandeurerziehung an den Universitäten“.

Diese in Ostberlin bereits versuchsweise eingeführte Methode beruht auf Erziehungsmethoden, die der sowjetische Schriftsteller-Pädagoge in den zwanziger Jahren gegen „Besprisonnis“, verwahrloste Revolutionskinder, angewendet hat. Sie sind in Makarenkos Buch „Der Weg ins Leben“ beschrieben.

„Pädagogische Sekretäre“

Der erste Schritt dieser Methode besteht in der Ernennung eines der FDJ angehörenden sogenannten „Pädagogischen Sekretärs“, der aus der jeweiligen FDJ-Hochschulgruppe für die Dauer einer Woche zu wählen ist. Dieser „Pädagogische Sekretär“ beginnt den Vorlesungstag mit einem morgendlichen Flagenappell, zu dem die Studenten unter Führung der Dozentenschaft in Formation anzutreten haben. Da hierzu gewisse „Grundübungen in der Formation“ vonnöten sind, müssen die Studenten wöchentlich einmal — etwa wie die Angehörigen der Betriebs-„Kampfgruppen“ — mehrere Stunden „Grundausbildung“ üben.

Dem „Pädagogischen Sekretär“ obliegt danach die Führung der Anwesenheitslisten, die Kontrolle der „Einhaltung des Vorlesungsplanes“, die Verhän-

gung von Disziplinarstrafen für Zuspätkommende, schlechte Unterrichtsleistungen und Versäumnisse in der „Gesellschaftlichen Arbeit“. Da der „Pädagogische Sekretär“ gleichzeitig über die Stipendien-Vergabe mitzuentcheiden hat, sind seine Vollmachten praktisch unbegrenzt. Seine Kontrolle gilt gleichzeitig Studenten wie Dozenten.

„Körpererziehung“

An den Hochschulen wird gleichzeitig eine außerstudienmäßige Körpererziehung eingeführt, die mit einer allmählichen Angleichung an vormilitärische Ausbildungs-Disziplinen gesteigert werden soll. Im Lehrplanfach „Sport“ wird theoretischer Unterricht vormilitärischer Art gegeben. „Kampfgruppen“ werden mit Rücksicht auf die gemachten Erfahrungen an keiner Universität aufgestellt, dagegen werden die Studenten im Rahmen ihres Studienfaches zur Aufnahme „militärwissenschaftlicher Instruktionsstunden“ gehalten. In der Praxis sieht das folgendermaßen aus:

Ein Mediziner kann beispielsweise vier Semester ungestört studieren. Danach wird man ihn unter fingiertem Hinweis auf „schlechte Lernergebnisse“, „mangelhafte gesellschaftliche

Betätigung“ oder eine „erforderliche Einsparung von Stipendien“ erpressen, auf einer Medizinischen Militärschule (in diesem Falle also in Greifswald) weiterzustudieren.

KVP sucht Reserveoffiziere

Die ganze Aktion hat den Sinn, der Kasernierten Volkspolizei einen Ersatz an Reserveoffizieren zu sichern, die von den Hochschulen militärwissenschaftlich vorgebildet in Armee, Luftflotte und Marine übergehen sollen. Die „Kommandeurerziehung“ ist dabei als eine Art „Vorprüfung“ oder militärische Auslese zu betrachten.

Da nach einer gewissen Anlaufzeit auch nicht der FDJ angehörende Studenten als „Pädagogische Sekretäre“ eingesetzt werden sollen, kommt praktisch jeder Student in einem gewissen Zeitraum einmal eine ganze Woche lang in die Situation, seine Kommilitonen kommandieren zu müssen.

Die FDJ rechnet damit — und das ist hier zu beachten —, daß sich unter diesen Gegebenheiten eventuelle Widerstandsnester an den Hochschulen oder auch nur der einzelne, der sich bis heute vor den politischen Anfechtungen von FDJ, Partei und Staat zu schützen suchte, rasch entdecken lassen werden.

Die betroffenen Studenten müssen hier sehr genau überlegen, wie man diesen Schlag parieren kann. Das Hauptargument gegen die in Kürze beginnende „Kommandeurerziehung“ wird die Empörung darüber sein, daß man seinerzeit gegen verwahrloste sowjetische Jugendliche angewandte Erziehungsmethoden nun gewissermaßen als Respressalie für frühere FDJ-Niederlagen an deutschen Universitäten einzuführen gedenkt,

Mut zum Nein — Mut zum Ja!

DT. In diesen Wochen jagen sich die Gedenktage des furchtbaren Geschehens vor zehn Jahren ebenso wie die Termine der Konferenzen, die das Erbe jener Tage überwinden wollen. Die Botschafter der vier Mächte versammeln sich in Wien, um gemeinsam mit der österreichischen Regierung die fast zehnjährigen Verhandlungen um den Staatsvertrag endlich abzuschließen. Am 5. Mai werden die noch fehlenden Ratifikationsurkunden der Pariser Verträge hinterlegt werden, die mit diesem Schlußakt in Kraft treten. Wenige Tage später finden im Vollzug der Verträge die Gründungsversammlung der Westeuropäischen Union und die Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO statt.

In den gleichen Tagen treffen sich die Außenminister der Westmächte mit dem deutschen Bundeskanzler. Diese Begegnung dient der Vorbereitung der angestrebten Viererkonferenz mit Moskau, auf der vor allem das Problem der deutschen Wiedervereinigung und im engsten Zusammenhang mit ihm die Frage der europäischen Sicherheit erörtert werden sollen.

Eine andere internationale Begegnung von großem politischem Gewicht deutet sich gleichzeitig an: Verhandlungen zwischen Rotchina und den USA. In ihnen liegt die Chance zur Entspannung eines Konfliktes, der in der weltpolitischen Gefahren-Skala seit geraumer Zeit den ersten Platz behauptet.

Eine zwar bescheidene, aber doch ermutigende Auflockerung der weltpolitischen Entwicklung ist also sichtbar geworden.

Der große Irrtum Moskaus

Der Westen hat bei der Formulierung der Abmachungen, die für die europäische Nachkriegssituation bestimmend wurden, wahrhaftig verhängnisvolle Fehler gemacht. Aber diese Fehler wurden von Moskau womöglich noch übertroffen. Wenn man dort heute eine Bilanz der sowjetischen Deutschlandpolitik macht, dann wird

man erkennen müssen, daß man nach 1945 unter Verkenennung der eigenen Interessen den schlechtesten aller damals möglichen Wege gewählt hat.

Alles, was die Sowjets heute fordern — vor allem die kontrollierte Entwaffnung, die Neutralisierung und andere Beschränkungen Deutschlands —, wäre ihnen damals mit Sicherheit zugefallen.

Aber das genügte den Sowjets nicht. Sie wähten, für sich allein mehr erreichen zu können: die ideologische Verwandlung und dann die politische Beherrschung Deutschlands im Sinne des Bolschewismus. Die Sowjets wissen heute, daß dies der schwerste Irrtum ist, den die sowjetische Nachkriegspolitik begangen hat.

Manches war damals zwischen Deutschland und der Sowjetunion möglich, aber alles nur auf dem Boden deutscher Freiheit und Selbstbestimmung. Doch die Sowjets paktierten mit den ihnen hörigen Kommunisten, anstatt ein neues Verhältnis zum deutschen Volk als Ganzem zu suchen. Moskau steht jetzt vor der unleugbaren Tatsache, daß die Bilanz der sowjetischen Deutschlandpolitik völlig negativ ist.

Veränderte Grundlagen

Eine spätere Geschichtsschreibung wird vielleicht feststellen, daß die mit der Entzweigung der Siegermächte einsetzende Entwicklung eher für Deutschland günstig als schädlich gewesen ist. Denn der wirtschaftliche und politische Wiederaufbau wenigstens eines Teiles Deutschlands und schließlich auch des ganzen ist nun wahrscheinlich besser verlaufen, als es unter der Last eines gemeinsamen Friedensvertrages der Siegermächte etwa aus dem Jahre 1946 möglich gewesen wäre. Das wird aber nur dann richtig sein, wenn wir selbst in der weiteren politischen Entwicklung nicht versagen, sondern uns klug und geschickt auf das Ziel der deutschen Wiedervereinigung konzentrieren.

Wenn es den Sowjets mit ihrem Willen zur Wiedervereinigung Deutschlands wirklich Ernst ist, dann heißt das zugleich, daß sie bereit sein müssen, die große zehnjährige

Fehlleistung ihrer Deutschlandpolitik zu korrigieren. Sie möchten zu diesem Zweck anscheinend wieder an frühere Möglichkeiten anknüpfen, die von ihnen selbst zerstört worden sind. Es ist aber unmöglich, eine Entwicklung zurückzuschrauben.

Inzwischen sind nämlich unter dem Druck der sowjetischen Nachkriegspolitik Tatsachen geschaffen worden, die in allen Verhandlungen über Deutschland eine gewichtige Rolle spielen werden. Das bedeutet zugleich, daß die Lösung der Deutschlandfrage auf veränderten Grundlagen erarbeitet werden muß.

In gefährlichem Gelände

Das ist eine sehr schwierige und mühevoll Aufgabe. Ihrer Lösung wird zwangsläufig ein zähes diplomatisches Ringen zwischen Ost und West und auch zwischen Deutschland und den vier Mächten vorausgehen müssen. Aber wir dürfen dabei nicht übersehen, daß wir auf der Suche nach einer Lösung, die ja eine Lösung der vier Mächte sein muß, immer schwierigere Wege gehen: zwischen der Gefährdung auf der einen Seite und unseren vertraglichen Verpflichtungen nach der anderen Seite.

Wir sagen das zur Warnung für alle diejenigen, die der Illusion verfallen sind, wir brauchten nach österreichischem Muster nur nach Moskau zu reisen, um mit fertigen Lösungen in der Tasche heimzukehren. Wir sind unserem Ziele sicher nähergekommen, aber es ist leider so, daß wir es nicht plötzlich von heute auf morgen erreichen werden.

Diese Feststellung ist nicht ein Ausdruck törichter Resignation, sondern einer realistischen Einschätzung der Lage. Auch die angestrebte Viererkonferenz wird kaum die fertige Lösung bringen. Sie wird aber jedenfalls der Beginn einer diplomatischen Periode sein, in der wir das Ziel über außerordentliche Schwierigkeiten hinweg erreichen werden. Wir brauchen dabei den Mut zum Nein ebenso wie den Mut zum Ja, falls eine unserer Freiheit und Sicherheit dienende Lösung in den Verhandlungen der vier Mächte sichtbar werden sollte.

Berliner Arbeitskreis gebildet

Verstärkte Bemühungen um Wiedervereinigung

Berlin (Eigenmeldung). Ein Berliner Arbeitskreis des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“ ist unter dem Vorsitz des Präsidenten des Kuratoriums, Paul Löbe, im Rathaus Schöneberg gegründet worden. Mit der einstweiligen Leitung dieses Arbeitskreises wurden Löbe, der geschäftsführende Vorsitzende der Exil-CDU, Dr. Gradl, und der Chefredakteur des „Telegraf“, Scholz, betraut.

Auf der Gründungsversammlung umriß Löbe die Aufgaben des Kuratoriums. Es wolle die geistige Verbindung zwischen der Bevölkerung in der Bundesrepublik und im sowjetisch besetzten Gebiet wachhalten und damit zur Überwindung der gewaltsamen Trennung beider Teile Deutschlands beitragen. In zahlreichen größeren Städten der Bundesrepublik, wie Hamburg, Mannheim, Köln, Karlsruhe und Stuttgart, bestehen, wie Löbe weiter sagte, bereits Ortsgruppen des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“.

Anschließend wiesen Gradl und Scholz auf die kommenden Veranstaltungen des Kuratoriums hin. Unter dem Motto „Schiller und das unteilbare Deutschland“ findet am 8. Mai eine Großveranstaltung im Sportpalast statt. Bundesminister Jakob Kaiser, Bundestagsvizepräsident Professor Carlo Schmid und der Regierende Bürgermeister Professor Suhr werden dort sprechen.

Der Vorverkauf hat an der

Kasse des Sportpalastes und bei den Filialen der Berliner Zeitungen begonnen. Besucher aus der Ostzone und dem Ostsektor zahlen die gleichen Eintrittspreise (ab eine Mark) in Ostwährung.

Zu den Trägern des Berliner Arbeitskreises gehören unter anderem der Regierende Bürgermeister Prof. Otto Suhr, sein Vorgänger Dr. Walther Schreiber, Bundesminister Dr. Robert Tillmanns, der Präsident des Abgeordnetenhauses, Willy Brandt, der DGB-Vorsitzende Ernst Scharnowski, sowie der DAG-Vorsitzende S. Aufhäuser, Frau Nora Melle, Vorsitzende des Berliner Staatsbürgerinnenverbandes, die Direktoren bei-

der Universitäten, die Chefredakteure der Westberliner Zeitungen und der Rundfunkstationen und weitere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens.

DT. Damit hat das Kuratorium auch in Berlin einen Kristallisationspunkt für die Bemühungen um eine Intensivierung des deutschen Willens zur Wiedervereinigung gewonnen. Das Kuratorium ist im vergangenen Jahr entstanden unter dem Eindruck des Fehlschlages der Berliner Konferenz. Damals fanden sich zur Gründung des Kuratoriums Männer und Frauen aus allen Parteien und den großen wirtschaftlichen und kulturellen Organisationen zusammen in dem Willen, dagegen anzugehen, daß sich in der Welt der Eindruck festsetzte, die Deutschen könnten sich schließlich doch einmal mit der Tatsache der Spaltung ihres Landes und Volkes abfinden. Ein besonderer Wert des Kuratoriums liegt darin, daß es über die parteipolitischen und sonstigen Gegensätze hinweggreift.

Milliardenhilfe für Berlin

Positive Beratungen mit dem Wirtschaftskabinet

Berlin (Eigenmeldung / DPA / AP). Die Beratungen über den Berlin-Plan zwischen dem Bundeswirtschaftskabinet unter Vorsitz von Bundeskanzler Dr. Adenauer und dem Senat sind

in Berlin mit einem positiven Ergebnis abgeschlossen worden. Der bis 1959 befristete Aufbauplan sichert die zusätzliche Schaffung von 100 000 Arbeitsplätzen in Berlin. Für die Fortführung der Investitionen sowie für die Finanzierung von Aufträgen sind 1,6 Milliarden DM vorgesehen. Ferner sollen 75 000 Wohnungen gebaut werden.

An dem erfolgreichen Verlauf der Beratungen hat nach Worten des Regierenden Bürgermeisters Suhr der Kanzler einen entscheidenden Anteil. Einzelbesprechungen werden folgen. „Ich bin von Berlin noch niemals so wie heute in dem Bewußtsein abgeflogen, daß wir so erfolgreiche gemeinsame Arbeit geleistet haben. Keine Besprechung, die so umfangreich war, und auch keine Besprechung, die so erfolgreich gewesen ist.“ Dies erklärte der Bundeskanzler kurz nach Abschluß der Tagung.

Das Wahlergebnis in Niedersachsen

Hellwege wird Ministerpräsident

Hannover (AP/DPA). Niedersachsen wird zum erstenmal seit Kriegsende ohne die SPD regiert werden. Die bürgerlichen Parteien, CDU, DP, BHE und FDP haben sich nach der

Wahl vom vorletzten Sonntag über eine gemeinsame Regierungsbildung und die Ministerpräsidentenschaft von Bundesminister Hellwege (DP) geeinigt. Das Wahlergebnis lautete:

	Landtagswahl v. 24. 4. 1955		Landtagsw. Bundes-		
	Stimmen	%	Sitze	1951	1953
SPD	1 182 066	35,2	59	33,7	30,1
BHE	370 432	11,0	18	14,9	10,8
CDU	893 917	26,6	43	23,8	11,9
DP	415 184	12,4	20		35,2
FDP	264 862	7,9	12	8,4	6,9
Zentrum	37 612	1,1	1	3,3	—
KPD	44 783	1,3	2	1,8	1,1
DRP	126 699	3,8	6	2,2	3,5

Osterreich wählte antikommunistisch

Wien (AP/DPA). Bei den Kommunalwahlen in dem sowjetisch besetzten Bundesland Niederösterreich haben die Kommunisten starke Verluste hinnehmen müssen. Sie verloren 23 Prozent ihrer Stimmen und büßten 12 000 der 49 641 im letzten Jahr bei den Landtagswahlen für sie abgegebenen Stimmen ein.

Eden war erregt

London (DPA). Mit äußerstem Nachdruck wies Premierminister Eden am Freitag Behauptungen zurück, Großbritannien oder die drei Westmächte seien nicht wirklich an der Wiedervereinigung Deutschlands interessiert. „Das ist absolut unwahr“, sagte Eden auf einer Pressekonferenz sichtlich erregt. Die Grundlosigkeit solcher Behauptungen werde sich auch bei künftigen Verhandlungen erweisen.

Neuer Auftrieb für Europa-Politik

Übereinstimmung Adenauer—Pinay

Bonn (Eigenbericht/DPA). Die Besprechungen zwischen Bundeskanzler Dr. Adenauer und dem französischen Außenminister Pinay sind nach zweitägiger Dauer zu Ende gegangen. Es wurde über alle schwebenden Fragen der internationalen Politik, wie Ost-West-Konferenz, Fortsetzung der europäischen Integration und deutsch-französische Wirtschaftsbeziehungen gesprochen. Wie von zuständiger Stelle erklärt wurde, erzielten die beiden Staatsmänner in allen wichtigen Punkten ihres Meinungsaustausches Einverständnis.

Die Übereinstimmung in allen wichtigen Fragen der Politik wird in einem gemeinsamen Communiqué unterstrichen. Beide Staatsmänner wünschen, „das notwendige Gespräch mit dem Osten unter den besten Bedingungen zu eröffnen“, um zu einer echten Entspannung in den internationalen Beziehungen zu gelangen. Die deutsche Einheit und ein europäisches Sicherheitssystem sollen Gegenstand der bevorstehenden Konferenzen in Paris sein. Die

Außenminister-Treffen in Paris

Zum 8. Mai einberufen — Für Viererkonferenz

London (DPA/AP). Die Außenminister der drei Westmächte werden sich am 8. Mai in Paris treffen, um „konkrete Pläne“ für eine baldige Viermächtekonferenz mit der Sowjetunion zu erörtern. Dies wurde in einem Dreimächte-Kommuniqué bekanntgegeben. Im französischen Außenministerium glaubt man, daß ein Termin für eine Konferenz mit der Sowjetunion schon sehr bald festgelegt werden kann. Man hält eine Viererkonferenz im Juli oder August für durchaus möglich.

Drei Tage vor Beginn der Außenministerkonferenz in Paris, am 5. Mai, werden, wie bereits gemeldet, die Pariser Verträge über die Souveränität in Kraft treten. Voraussichtlich einen Tag später wird Bundeskanzler Dr. Adenauer nach Paris fahren und den Außenministern den deutschen Standpunkt

zu den mit der Sowjetunion geplanten Verhandlungen über Deutschland vortragen.

Aus der Verlautbarung der Westmächte geht nicht hervor, auf welcher Ebene die spätere Konferenz mit der Sowjetunion stattfinden soll. Jedoch betonte der britische Außenminister MacMillan im Unterhaus, Großbritannien sei zu Gesprächen sowohl der Außenminister als auch der Regierungschefs bereit.

Als Hauptverhandlungsthemen für die künftige Viererkonferenz wurden vorgeschlagen: Deutsche Wiedervereinigung, gegenseitige Rüstungsbegrenzung, europäische Sicherheit.

Die Bundesrepublik hat den drei Westmächten ihre Vorschläge für Deutschland-Besprechungen unterbreitet.

Der britische Premierminister Eden erklärte im Unterhaus, die Bahn sei jetzt frei für Verhandlungen mit der Sowjetunion auf „beliebiger Ebene“. „Wir wünschen, zusammen mit der Sowjetunion die Möglichkeit einer Einigung über alle offenen Fragen zwischen Ost und West zu prüfen“, sagte Eden.

Eden wies darauf hin, daß der Westen Besprechungen mit der Sowjetunion von der Ratifizierung der Pariser Abkommen und einem Fortschritt in der Österreichfrage abhängig gemacht habe. Da in beiden Punkten ein Fortschritt zu verzeichnen sei, gäbe es jetzt keine Hindernisse mehr für eine Konferenz mit den Sowjets.

Dulles: Zu Verhandlungen bereit

Washington (AP/DPA). US-Außenminister Dulles hat sich bereit erklärt, mit der rothinesischen Regierung über einen Waffenstillstand im Fernen Osten zu verhandeln. In London und Paris wurde diese Bereitschaft der USA begrüßt.

Dulles machte ausdrücklich einen Unterschied zwischen Waffenstillstandsverhandlungen und Verhandlungen über die Zukunft Formosas und andere Fernostprobleme. Er betonte, daß erst nach einer Waffenruhe über das eigentliche Problem Formosa

verhandelt werden könne. Das Verhandlungsangebot Rotchinas wertete Dulles als einen gewissen Beweis für die außenpolitische Unabhängigkeit Chinas von Moskau.

Präsident Eisenhower bekräftigte die Erklärung von Außenminister Dulles. Er deutete an, daß diese Besprechungen auf alle Fragen ausgedehnt werden könnten, die zu einer weiteren Entspannung und zur Förderung des Weltfriedens führen würden. Die Friedensaussichten beurteilte Eisenhower sehr positiv.

Widerstand in den volkseigenen Betrieben

Pankows Entlassungsaktionen ohne Erfolg

Die Bemühungen der Pankower Regierung, das Biesendefizit der volkseigenen Industrien in der Sowjetzone durch Massenentlassungen und erhöhtes Arbeitssoll zu decken, waren in den letzten drei Monaten wenig erfolgreich. Teilweise konnten die vorgesehenen Maßnahmen infolge des Widerstandes und der allgemeinen Unzufriedenheit der Arbeiterschaft nicht fristgemäß durchgeführt werden. Besonders die als „Umsetzung“ getarnten Entlassungen mußten deshalb erheblich gestoppt werden.

Ein typisches Beispiel für das vorläufige Scheitern dieser vom SED-Zentralkomitee bereits Ende November 1954 beschlossenen Spar- und Abbaupolitik in den volkseigenen Betrieben (VEB) und in den öffentlichen Verwaltungen liefern die Vorgänge im Bezirk Karl-Marx-Stadt (Chemnitz). Der Rat des Bezirkes wurde Anfang Januar von der Pankower Regierung angewiesen, 14 000 Arbeiter und Angestellte zu entlassen.

Die Abteilung Arbeit und Berufsausbildung teilte hierzu ergänzend mit, dieser Abbau des überplanmäßigen Personals müßte bis spätestens 28. Februar durchgeführt sein, da die Deutsche Notenbank danach nicht mehr die Löhne und Gehälter für die überzähligen Arbeitskräfte an die Betriebe und Verwaltungen auszahlen werde.

Die Abschußliste

Da in der Regierungsanweisung nichts darüber gesagt war, welche Arbeiter- und Angestelltenkategorien zu entlassen seien, bestimmte der erste SED-Parteisekretär in Karl-Marx-Stadt von sich aus:

Abgebaut werden 1. Personen, die politisch unzuverlässig und als staatsfeindlich anzusehen sind, und 2. Personen bürgerlicher und nicht proletarischer Herkunft.

Als dann die Welle der Kündigungen begann, hagelte es bei der SED-Bezirksleitung sehr bald Proteste aus den Betrieben und Beschwerden über das rücksichtslose Vorgehen. Die Leute weigerten sich auch, angebotene Landarbeit anzunehmen.

Die Unruhe über die Aktion war in Karl-Marx-Stadt ebenso wie in vielen anderen Bezirken schließlich so groß, daß neue Anweisungen an die Direktion der VEB ergingen, weitere Entlassungen zunächst nicht vorzu-

nehmen, sondern zu warten, bis neue Arbeitsplätze für die Abgebauten gefunden seien. Statt von Kündigung wurde jetzt plötzlich nur noch von „Umbesetzung“ gesprochen.

Als schließlich Mitte April die Bezirksleitungen angewiesen wurden, eine vorläufige Bilanz der Abbauktion zur Verminderung der Millionenverluste in der unrentabel arbeitenden volkseigenen Industrie zu ziehen, meldete der Rat des Bezirkes Karl-Marx-Stadt folgendes, höchst unbefriedigendes Ergebnis: Statt 14 000 Arbeiter und Angestellte, wie es die Pankower Planungsbehörden verlangt hatten, waren bisher nur 4000 entlassen und angeblich „umgesetzt“ worden.

10 000 Mann . . .

So bleibt das Ziel zwar weiterhin die Entlassung dieser 10 000 Mann und darüber hinaus von Zehntausenden in anderen Bezirken; die SED wagt es jedoch im Augenblick nicht, die Kündigungsaktion tatsächlich zu Ende zu führen.

Deshalb hat die Pankower Regierung im April auch die Deutsche Notenbank angewiesen, die Lohn- und Gehaltssummen zunächst in vollem Umfang an die Werke weiterzuzahlen. Allerdings werden diese auf das gekürzte Lohn- und Gehaltsbudget der VEB für 1955 voll angerechnet.

Ulbricht ausgeklatscht

Genau so groß wie die Schwierigkeiten beim Abbau und bei der „Umbesetzung“ sind die Hindernisse, die sich der SED bei ihrer gleichzeitig geführten Kampagne zur Erhöhung der Arbeitsnormen, dem zweiten Mittel zur Bekämpfung des finanziellen Bankrotts der VEB, entgegenstellen. Angesichts der

Erfahrungen vom 17. Juni operiert die SED-Führung hierbei äußerst vorsichtig und geht statt mit zentralen lediglich mit lokalen Maßnahmen vor.

In jeder einzelnen Fabrik kämpfen die Betriebsparteiorganisationen der SED um das Herausheben des Arbeitssolls, ohne daß bisher die erwarteten Ergebnisse erreicht wurden, da die Stimmung der sowjetzonalen Arbeiterschaft, auch wegen der neuen Lebensmittelschwierigkeiten im Augenblick ausgesprochen schlecht ist.

So wurde der stellvertretende Ministerpräsident und SED-Generalsekretär Walter Ulbricht bei seiner letzten Rede vor der Belegschaft der Leuna-Werke zwar nicht ausgepöbeln, aber . . . als Ulbricht begann, klatschten die Arbeiter minutenlang in die Hände. Das sah zunächst wie eine Ovation aus. Als dann das Händeklatschen gar nicht aufhören wollte und Ulbricht kein Wort sprechen konnte, erblickte man in diesem Verhalten der Arbeiter eine neue Form von „Sabotage“.

Die Volkspolizei wurde alarmiert, und erst unter ihrem Schutz konnte Ulbricht seine vorbereitete Rede für die Normen- und Produktionserhöhung schließlich halten.

Zwischenfälle in Bitterfeld

Als die Nachricht von dieser Leuna-Demonstration gegen Walter Ulbricht die Farbenfabrik Wolfen bei Bitterfeld erreichte, kam es auch dort zu Zwischenfällen, da gerade begonnen wurde, die erhöhten Arbeitsnormen für die Farbenfabrik Wolfen in Kraft zu setzen.

Der Hydrochinon-Betrieb, in dem das neue Arbeitssoll mit einer tatsächlichen Lohnkürzung von 25 Prozent als erster Betriebswerkstatt ausprobiert werden sollte, trat in einen Sitstreik. Sofort wurden Werkspolizei und Vopo herbeigeholt, und die SED ergriff auch in der Stadt Bitterfeld umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen. Inzwischen widerrief die Betriebsleitung ihre Anweisung für höhere Normen.

Was will eigentlich Moskau?

Bemerkungen zur sowjetischen Deutschlandpolitik

Die nachfolgenden Ausführungen erörtern als eine mögliche Alternative der sowjetischen Deutschlandpolitik die vielleicht vorhandene Absicht Moskaus, den Zustand einer innerdeutschen Koexistenz herbeizuführen. Es bedarf keiner Betonung, daß eine solche Lösung für die deutsche Politik unannehmbar ist.

Zur Zeit herrscht in Moskau immer noch der unversöhnliche Ton gegenüber den Signatarmächten der Pariser Verträge. Er wurde bekanntlich ziemlich spät, nämlich erst am 2. April, durch einen scharfen Leitartikel der parteiamtlichen „Pravda“ eingeleitet. Bis dahin war die Reaktion Moskaus auf die Ratifizierung der Pariser Abmachungen ausgesprochen mild.

Nach dem Umschwung vom 2. April erfolgte dann eine Woche später der Antrag der Sowjetregierung auf die Kündigung der Beistandspakte mit Großbritannien und Frankreich. Und ausgerechnet an dem Tage der Bekanntgabe des Communiqués über die sowjetisch-österreichischen Verhandlungen von Moskau erschien in „Iswestija“ ein Artikel, in dem mit der Bildung des einheitlichen Armeekommandos für den Ostblock einschließlich der DDR gedroht wurde.

Vieles deutet jedoch darauf hin, daß sowohl die Drohungen sowie die von den ostzonalen Behörden eingeleiteten Schikane gegen Westberlin als ein Testversuch für die gegenwärtige Widerstandsfähigkeit und die Solidarität des Westens gedacht sind. Darüber hinaus dürfte es sich dabei um die alte Taktik handeln, vor den heabsichtigten Verhandlungen Tatsachen zu schaffen, deren Liquidierung als Konzessionen zu Gunsten des Westens propagiert werden könnte.

Bevor es jedoch mit einem neuen Vorstoß in der deutschen Frage kommen wird, dürfte Moskau zunächst einige Zeit vergehen lassen, um aus der Reaktion Westdeutschlands auf die Vorgänge um Österreich die entsprechenden Schlüsse für die weitere Taktik gegenüber Deutschland zu ziehen.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß dann die Sowjetunion mit einem ein wenig veränderten Molotow-Plan der kollektiven

Sicherheit in Europa wieder aufkreuzen wird.

Die einstigen Pläne, Gesamtdeutschland auf dem Umwege über die Wiedervereinigung in eine Volksdemokratie zu verwandeln, hat man in Moskau wohl als nicht durchführbar erkannt. Dagegen spielt die Vision eines neutralisierten Gesamtdeutschlands, in dem der kommunistische Herrschaftsanteil auf dem Territorium der heutigen DDR unangetastet bleiben würde, immer noch eine gewisse Rolle, wenn auch mit einer abnehmenden Tendenz.

Man ist sich in Moskau darüber im klaren, daß die Neutralisierung Westdeutschlands mit einer gleichzeitigen kommunistischen Herrschaft im östlichen Teil des Landes so gut wie unmöglich ist. Zum Ver-

zicht auf die DDR wird sich die Sowjetunion aus vielen mit den allgemeinen ideologischen, innenpolitischen und strategischen Fragen des kommunistischen Satellitensystems zusammenhängenden Motiven nicht leicht bereit erklären.

Somit könnte in absehbarer Zeit für Moskau der Gedanke entstehen, daß man, ohne auf die kommunistische Herrschaft in der Zone zu verzichten, einen Modus vivendi mit der Bundesrepublik für die Periode der „friedlichen Koexistenz“ suchen sollte. Auf dieser Linie liegt die in der sowjetischen Deutschlandklärung von Mitte Januar enthaltene Feststellung, daß die Sowjetunion, die gute Beziehungen zur DDR unterhalte, bereit sei, „auch die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Deutschen Bundesrepublik zu normalisieren“.

Der starke Drang Pankows nach einer Anerkennung durch die Bundesrepublik, der sehr viel stärker ist als der Drang nach einer echten Wiedervereinigung, weist in die gleiche Richtung.

Handwerk der Zone schrumpft

Zahl der Beschäftigten um 18% verringert

Berlin (Eigenmeldung). In einer Untersuchung über die Lage des Handwerks in Mitteldeutschland kommt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung zu dem Ergebnis, daß Steuerdruck, Materialmangel und die in der Sowjetzone bestehende Handwerksordnung die mitteldeutschen Handwerksbetriebe gezwungen haben, durch Verringerung der Beschäftigtenzahl Betriebsgrößen zu schaffen, die nach westdeutschen Maßstäben nur noch als zusätzliche Erwerbsquelle sinnvoll sind.

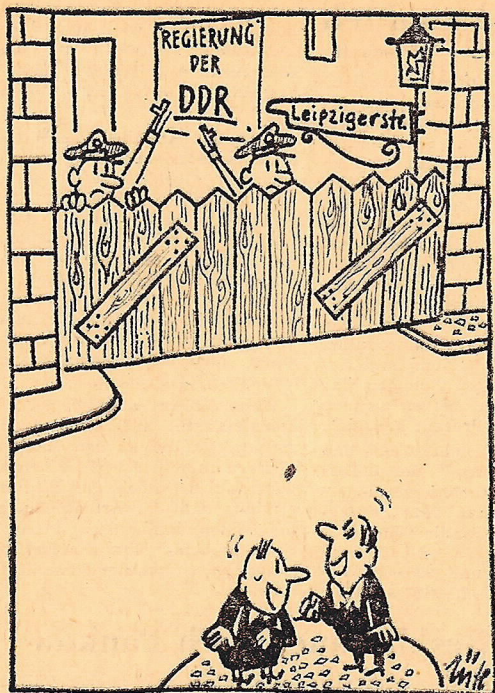
Der große Warenbedarf der Bevölkerung und die Anpassungsfähigkeit des Handwerks hätten jedoch in Mitteldeutschland bisher auch Kleinstbetriebe existenzfähig erhalten. Die Zahl der im Handwerk Mitteldeutschlands Tätigen sei um rund 175 000 oder um 18 v.H. zurückgegangen. Der Umsatz des mitteldeutschen Handwerks (ohne Handelsumsatz) ist andererseits von 4,4 Mrd. Ostmark 1950 auf 6,2 Mrd. Ostmark 1954 gestie-

gen. Nominell entsprach der Umsatz je Kopf der Bevölkerung 1954 erst etwa dem vergleichbaren Umsatz in der Bundesrepublik vom Jahre 1950.

Neuer Steuerdruck

Berlin (DPA). Die Sowjetzonenbehörden führten in diesen Tagen einen neuen Schlag gegen die Privatwirtschaft. Wie der Untersuchungsausschuß freihändlerischer Juristen am Montag mitteilte, ordnete das Sowjetzonen-Finanzministerium in einer internen Verfügung an, daß alle Steuerrückstände bis zu 20 000 DM bei Privatbetrieben sofort einzutreiben seien.

Früher vereinbarte Ratenzahlungen werden nicht mehr anerkannt. Bereitgestellte Kredite müssen um 50 Prozent gekürzt werden. Der Hauptabteilungsleiter im Sowjetzonen-Finanzministerium, Becker (SED), erklärte dazu, daß alle verfügbaren Kredite für die Schwerindustrie und für Verteidigungszwecke freizumachen sind.



„Bei denen ist alles harmonisch. Breit vorm Kopf — Breiter vor der Tür!“

KVP-Werbung durch die Hintertür

Für die erste Mai-Woche haben sämtliche SED-Kreisleitungen der Zone Anweisung erhalten, eine Werbeaktion „neuen Stils“ für die KVP zu organisieren. Das für den 20. Mai angesetzte Ende der Aktion soll insgesamt 35 000 „Freiwillige“ in die KVP-Kasernen treiben.

Die Aktion steht im Zusammenhang mit der fiktiven Auflösung der KVP-Registrierabteilungen, wodurch die KVP-Werbung vorübergehend in die Hand der SED gegeben worden ist. SED-Funktionäre haben in den letzten Wochen die Adressen aller 17- bis 23jährigen Jungen und ihrer in VE-Betrieben beschäftigten Eltern erhalten. An Hand dieser Listen werden die Eltern der betreffenden Jugendlichen an ihren Arbeitsstellen oder in der Wohnung aufgesucht, um über „die Erhaltung des Friedens“ zu diskutieren.

Die Agitatoren führen vom Kreisausschuß der „Nationalen Front“ unterzeichnete Resolutionen mit sich, in denen sich die Angesprochenen für die Notwendigkeit der „bewaffneten Verteidigung“ aussprechen und diese durch ihre Unterschrift bekräftigen sollen.

Geben die Eltern diese Unterschrift, wird die Liste ihren Jungen vorgelegt mit dem Hinweis: „Sogar deine Eltern sind dafür, du aber willst dich vor Erfüllung einer selbstverständlichen Pflicht drücken!“

Eine weitere, von den Parteileitungen vorgeschlagene Methode ist, die Jugendlichen eine Erklärung unterschreiben zu lassen, in der sie sich verpflichten, „im Fall eines notwendigen Beitritts zu den Nationalen Streitkräften nichts gegen die Verteidigung der Heimat einzuwenden zu haben“. Diese demagogische Formulierung läßt

Kurioses Preisausschreiben

Um dem 8. Mai, dem „Tag der Befreiung“, endlich die Gloriole zu verleihen, die die Kommunisten wünschen, ist die Potsdamer SED-Zeitung „Märkische Volksstimme“ auf den Einfall gekommen, ein Preisausschreiben zu veranstalten. Text und Bedingungen wollen wir unseren Lesern nicht vorenthalten. Ein Kommentar erübrigt sich.

„Am 8. Mai wurde vor zehn Jahren die faschistische Bestie durch den heroischen Einsatz der Sowjetarmee bezwungen... Mit Hilfe des sowjetischen Volkes konnten sich in einem Teil unseres Vaterlandes die Menschen ein neues Leben aufbauen, das zu Glück und Wohlstand führt. Wenn wir uns an diese Tage vor zehn Jahren zurückerinnern, dann erkennen wir, daß viele Erlebnisse, die wir seinerzeit hatten, auf die Hilfe hindeuten, die die Sowjetmächten von diesem Moment an für uns und unseren Aufbau gaben. Die Gedanken und Erlebnisse sind in bisher noch viel zu geringem Maße geschildert worden.

Deshalb fordern wir alle unsere Leser zu einem Preisausschreiben auf, diese Gedanken in Erlebnisberichten, Kurzgeschichten oder Reportagen, von denen wir die besten prämiieren und zum 8. Mai veröffentlichten, zum Ausdruck zu bringen...“

kaum einen Ausweg zu, ihr folgt die Rekrutierung im Abstand von höchstens sechs Wochen. Einziger Ausweg ist hier: Die SED-Werber haben keine Vollmacht, eine solche Erklärung abzufordern. Die Partei hat sich wohlweislich mit dieser skandalösen Befragung nicht identifiziert. Sie sucht Dumme, die sie einschüchtern lassen.

Andere Taktiken liegen auf der gleichen Linie. Jeder Jugendliche sollte sich bis zum 20. Mai nach Möglichkeit auf keine Diskussion oder gar Verpflichtung in dieser Richtung einlassen. Es werden 35 000 Rekruten gesucht!

Hochverratsprozeß

Karlsruhe (DPA). Der Hochverratsprozeß gegen die ehemaligen FDJ-Funktionäre Angenfort und Seiffert wurde vom Bundesverfassungsgericht auf den 5. Mai verlagt.

Arbeiter nahmen am Wohlstand teil Lohn und Sozialprodukt in der westdeutschen Wirtschaft

Bei der Verteilung des Sozialprodukts handelt es sich in allen Wirtschaftsklassen um die großen Entscheidungen, wieviel von allen Wirtschaftsgütern, die jährlich hergestellt werden, für den Verbrauch bestimmt sein sollen, wieviel davon in Bauten, Maschinen und Arbeitsplätzen anzulegen sind und wieviel der Staat für seinen Bedarf in An-

Freunde in der SBZ, die unsere Aufklärungsarbeit unterstützen und ihre Meinung über den Inhalt äußern wollen, bitten wir, den Fundort dieses Blattes an das Postschließfach Nr. 58 nach Berlin-Charlottenburg 9 mitzuteilen.

spruch nimmt. Das Verteilungsschema, das sich hier in Westdeutschland in der Nachkriegszeit herausgebildet hat, ist ähnlich wie in der Vorkriegszeit, und es unterscheidet sich auch nur geringfügig von anderen westlichen Industrieländern.

Bewertet man alle im letzten Jahr hergestellten Güter und Leistungen in der Bundesrepublik zu Vorkriegspreisen, dann ergibt sich, nach den soeben veröffentlichten Angaben der Bank deutscher Länder, daß der Verbrauchsanteil am Sozialprodukt in den letzten beiden Jahren etwa 59 Prozent betrug gegenüber 60 Prozent im Jahr 1936. Der „staatliche Verbrauch“ (in dem soziale Unterstützungen, die nur als Einkommensübertragungen gelten, die dem privaten Verbrauch zuzufießen, nicht enthalten sind) war 1954 mit 17,4 Prozent des „Brutto-Inlandsprodukts“ etwas geringer als 1953 (17,7 Prozent). Vor dem Kriege (1936) nahm der Staatsverbrauch 20,2 Prozent in Anspruch.

Lohn- und sozialpolitisch ist die Frage wichtig, ob die Lohn-

und Gehaltsempfänger im letzten Jahr entsprechend an der Zunahme des Brutto-Sozialprodukts, die vom Statistischen Bundesamt soeben mit 8,2 Prozent ermittelt wurde, teilgenommen haben. Es zeigt sich, daß sich hier im Verteilungsprozeß gegenüber 1953 nichts verändert hat; die Zunahme des Bruttoeinkommens aus „unselbständiger Arbeit“ entsprach nämlich mit 8,2 Prozent genau dem Wachstum des Sozialprodukts. Der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen war daher in den beiden letzten Jahren mit 63 Prozent konstant.

Das bedeutet keineswegs, daß auch die Kaufkraft der individuellen Arbeitnehmerverdienste im vergangenen Jahr durchschnittlich ebenfalls um acht Prozent gestiegen sind. Es waren nämlich rund 900 000 Personen mehr beschäftigt als 1953,

1500 Resolutionen nach Pankow

Mit Referaten über Probleme der Ehe begann die Arbeitstagung der achten Märkischen Glaubenskonferenz in Lichtenrade, an der über 200 Mitarbeiter der Heimatmission teilnahmen. Die moderne Familiengesetzgebung der Bundesrepublik und der Sowjetzone stand im Mittelpunkt der Fragen. Es wurde bekanntgegeben, daß von den Gemeinden schon über 1500 Resolutionen gegen das Familiengesetz der Sowjetzone an die Pankower Regierung gerichtet worden seien.

Schikane gegen Oberschüler

Nachdem die materialistischen Jugendweihen nicht zu größeren Erfolgen geführt haben, sollen die Kinder in der Zone jetzt, vor allem dann, wenn sie die Oberschule besuchen wollen, dem christlichen Einfluß ent-

so daß sowohl die Zunahme des Sozialprodukts wie auch der Lohnsumme teilweise auf die zusätzliche Arbeit dieser Mehrbeschäftigten zurückzuführen ist.

Nach den Angaben des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften sind die tariflichen Lohnsätze für 11,2 Mill. Arbeitnehmer im letzten Jahr um durchschnittlich 5,1 Prozent (Angestellte) bis 5,4 Prozent (Arbeiter) aufgebessert worden. Im Durchschnitt errechnet das Institut für 1954 eine Erhöhung des westdeutschen tariflichen Lohnniveaus um etwa 3,5 Prozent.

Wenn diese amtliche Verdienststatistik auch nur einen Ausschnitt gibt, an dem hauptsächlich Industriebetriebe beteiligt sind, ist doch der Schluß erlaubt, daß die Arbeitnehmer im großen und ganzen an den Früchten des wirtschaftlichen Aufstiegs entsprechend beteiligt wurden.

zogen werden. In vielen Fällen wurden bereits Kinder christlicher Eltern nur unter der Bedingung einer völligen oder teilweisen Trennung vom Elternhaus in die Oberschule aufgenommen.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerikahaus am Noll-

endorffplatz gezeigt. Täglich ab 13 Uhr in stündlicher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr. Sonnabend's Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin - Charlottenburg 9, Reichsstr. 4. Tel. 920231. Druck: W. Büxenstein, GmbH.